

RAT KONKRET

Themen: Sicherer Hafen, Förderung von Wohnprojekten, kostenloses Busfahren an Adventsamtagen, Erbbaurecht, Leistungsgewährung, neue Kämmerin, Pflegebedarfsplan



Münster erklärt sich zum Sicherem Hafen

Münster ist Sicherer Hafen: Unser migrationspolitischer Sprecher Christoph Kattentidt erläutert im Gespräch häufig gestellte Fragen zu diesem Thema:

Frage: Der Rat der Stadt hat Münster am 09.10.2019 zum Sicherem Hafen erklärt. Endlich?

Christoph: Ja, endlich. Auch wenn wir in den letzten 13 Monaten viel in dem Bereich zusätzlicher Aufnahme von Geflüchteten erreicht haben, ist dieser Beschluss wichtig und insbesondere der Beitritt zur „Potsdamer Erklärung“ mehr als nur Symbolik.

Frage: Warum hat es denn so lange gedauert?

Christoph: Es ist kein Geheimnis, dass unser

Koalitionspartner sich mit diesem Beschluss schwergetan hat. Wir GRÜNEN haben aber nie locker gelassen und auch immer betont: Wir sind mit diesem Thema nicht fertig. Auch für den Frieden in der Stadt ist es gut, dass es nun geklappt hat. Unser Anspruch ist es, dass dies der Anfang eines Auflebens eines Münsteraner Flüchtlingskonsenses ist.

Frage: Inwieweit hat die Ankündigung eines Bürgerentscheides bei diesem Thema eine Rolle gespielt?

Christoph: Die war schon wichtig. Auch die CDU und der OB Lewe haben keinerlei Interesse an der Abstimmung der Bevölkerung zu diesem Thema. Das hätte schnell zu einer polemischen Zuspitzung „für oder gegen Flüchtlinge“ werden können. Um ehrlich zu sein, hätten wir uns damit bundesweit mehr als lächerlich gemacht.

Frage: Abseits von Münster – wie ist aus deiner Sicht die Lage rund ums Mittelmeer?

Christoph: Verheerend. Daran ändert auch der Münsteraner Beschluss nichts. Immerhin haben sich jetzt vier Länder, darunter Deutschland, bereit erklärt, die Menschen von privaten Seenotrettungsbooten aufzunehmen. Die



Dramen um herumirrende Schiffe dürfte damit vorbei sein. Dies ist ein erster, ein wichtiger Schritt, allerdings nicht mehr. Denn zurzeit werden sieben Boote von Initiativen am Auslaufen gehindert und da es immer noch keine europäisch organisierte Seenotrettung gibt, ist das Retten von Geflüchteten praktisch zum Erliegen gekommen. Das ist eine humanitäre Katastrophe. Wenn man jetzt noch hinzunimmt, dass bei der Bekämpfung von Fluchtursachen keinerlei Fortschritte zu erkennen sind, kann man ahnen, dass dieses Thema weiterhin unglaublich wichtig bleibt und die Erste Welt bisher nicht bereit ist, wirkliche Teilhabe an Ressourcen für alle möglich zu machen.



Kostenloses Busfahren an vier Adventssamstagen

Ein starkes verkehrspolitisches Signal der Stadt Münster mit überregionaler Strahlkraft sieht die Geschäftsführung der Stadtwerke Münster in der jetzt vom Rat beschlossenen, kostenlosen ÖPNV-Nutzung an den vier Adventssamstagen. Damit ist ein gezielt verbessertes Angebot und die Einbindung von gut erreichbaren P+R-Parkplätzen verbunden. Genau das entspricht auch dem Antrag von CDU und uns GRÜNEN, den wir im September 2019 im Rat einbrachten. In der Begründung hieß es u. a.: Im Kontext der ganzheitlichen Stärkung der klimafreundlichen Mobilität ist der ÖPNV das Rückgrat eines nachhaltigen Verkehrs sowie ein wesentliches Element einer zukunftsfähigen Stadtentwicklung.



Förderung gemeinschaftsorientierter, genossenschaftlicher und inklusiver Wohnprojekte beschlossen

Bei zukünftigen Baugebieten wird grundsätzlich ein wesentlicher Anteil der entstehenden Nettowohnfläche im Bereich der städtischen Mehrfamilienhausbebauung für die Realisierung gemeinschaftlicher, genossenschaftlicher oder inklusiver Wohnformen zur Verfügung gestellt.

Der Rat hat zugestimmt, dass die Vermark-

tung von Grundstücken für Gemeinschaftliche Wohnformen über ein kriteriengeleitetes Konzeptverfahren erfolgt. Die Realisierung von Gemeinschaftlichen Wohnformen auf städtischen Grundstücken erfolgt unter der grundsätzlichen Zielsetzung, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Verbunden wurde dies mit einer verbesserten Beratung und Unterstützung der Akteur*innen.

GRÜNE begrüßen Erbbaurecht: Meilenstein für nachhaltige Bodenpolitik der Stadt

Der Rat hat in seiner letzten Sitzung die stärkere Berücksichtigung von Erbbaurecht bei Vergabe städtischer Grundstücke beschlossen. Das ist ein weiterer Meilenstein für eine nachhaltige Bodenpolitik der Stadt. Sie kann auch dazu beitragen, nachhaltig bezahlbaren Wohnraum zu schaffen bzw. zu erhalten. Bereits bestehende Erbbaurechtsgrundstücke werden grundsätzlich nicht mehr veräußert. So können u. a. auch genügend Flächen für soziale Infrastruktur wie Kitas und Schulen gesichert werden. Gleichzeitig wird der Erbbauzins von 4 Prozent auf 2,5 Prozent gesenkt, für sozial geförderten Wohnraum und gemeinschaftliche Wohnformen sogar auf 1,5 Prozent.

Gestärkt werden durch die Beschlüsse auch Wohnungsgenossenschaften und Baugemeinschaften und somit die Gemeinwohlorientierung beim Wohnen insgesamt.

Leistungsgewährung ist jetzt ohne zeitliche Lücken sichergestellt

Wenn Menschen Anspruch auf Leistung haben, muss deren lückenlose Auszahlung auch sichergestellt sein. Die Frage, welches einzelne Amt für die Gewährung zuständig ist, darf dabei keine Rolle spielen. Auf Initiative der GRÜNEN hin haben wir im vergangenen Jahr gemeinsam mit der CDU eine neue Beratungsstelle beim Jobcenter eingerichtet, die dies sicherstellen soll. Häufiges Problem bei den Jobcentern war bisher, dass oft massive Zahlungslücken bei den Leistungsbezieher*innen entstehen, wenn beispielsweise die Hartz 4-Leistung eingestellt wird und die Bewilligung anderer gesetzlich vorrangigen Leistungen noch nicht erfolgt ist. Besonders oft geht es dabei um die Beantragung von vorrangigen Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes von Kindern, wie beispielsweise Unterhaltsvorschussleistun-

gen und Elterngeld.

Der jetzt vorgelegte erste Erfahrungsbericht des Sozialamtes legt dar, dass es bei den Leistungsberechtigten eine hohe Zufriedenheit und eine hohe Akzeptanz der Unterstützungsleistung gebe. Die Weiterzahlung der Grundsicherungsleistungen bis zur Auszahlung der vorrangigen Leistungen sei für die Menschen offensichtlich eine beruhigende „Botschaft“. Auch die Zufriedenheit bei den Mitarbeitenden sei sehr hoch: ihre Arbeit werde wertgeschätzt, die Beratung könne ohne den Druck einer akuten finanziellen Notlage stattfinden. Und schließlich werden auch die unabhängigen Sozialberatungsstellen der freien Träger mit einbezogen. Münster ist mit diesem Modell Vorbild auch für andere Kommunen und Kreise.



Neue Kämmerin gewählt

Christine Zeller (GRÜNE) wird neue Stadtkämmerin von Münster. Das hat der Rat der Stadt in der letzten Ratssitzung fast einstimmig entschieden. Zeller ist Nachfolgerin von Alfons Reinkemeier, der Ende Dezember altersbedingt aus dem Dienst scheidet. Zum Dezernat der künftigen Beigeordneten gehören das Amt für Finanzen und Beteiligungen sowie das Rechts- und Ausländeramt. Als Kämmerin trägt sie entscheidend dazu bei, dass die finanzpolitischen Handlungsspielräume

der Stadt gesichert und Zukunftspotenziale ausgeschöpft werden können. Wir GRÜNEN hatten mit der CDU ein grünes Vorschlagsrecht vereinbart.



Oberbürgermeister Markus Lewe gratuliert der neuen Kämmerin Christine Zeller zur Wahl

GRÜNE unterstützen den neuen Pflegebedarfsplan für Münster

Wir wollen, dass Menschen im Alter und bei Pflege selbstbestimmt leben und wohnen können. Bereits jetzt gibt es einen zunehmenden Bedarf an ambulanten Wohn- und Pflegeformen mit denen auch eine umfassende Pflege gesichert werden kann. Der neue Pflegebedarfsplan der Stadt Münster für die Jahre 2019 bis 2022 bietet eine gute Grundlage für den bedarfsgerechten Ausbau der Pflegeangebote in unserer Stadt. Zur Deckung des zusätzlichen Bedarfs an umfassenden Pflegeangeboten sollen insbesondere ambulante Pflegewohn- und Hausgemeinschaften und Quartierskonzepte ausgebaut werden. Damit wird dem Wunsch des Großteils der Menschen Rechnung getragen werden, selbstbestimmt in der eigenen Häuslichkeit verbleiben zu können

– auch wenn eine umfassende Pflege notwendig wird. In Münster gibt es bereits 23 Pflege-WGs, meist für Menschen mit Demenz. Sie bieten den Bewohner*innen ein Zuhause und den Angehörigen eine Entlastung. Diese Angebote wollen wir GRÜNE in den kommenden Jahren deutlich ausbauen. Hierzu haben wir bereits mehrere Ratsinitiativen ergriffen mit dem Ziel, in allen Stadtteilen und Quartieren planmäßig Wohnraum mit umfassender Pflege und Unterstützung einzurichten. Ziel ist auch die Errichtung von Quartiersstützpunkten mit Beratung, Organisation und Vermittlung von Pflege und Assistenz in allen Stadtteilen. Zugleich sollen diese Orte Platz für Treffpunkte für Nachbarschaft, Initiativen und Vereine bieten.

04. Dezember 2019 | 17:00 Uhr Haupt- und Finanzausschuss

@ Hauptausschusszimmer, Rathaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

11. Dezember 2019 | 17:00 Uhr Rat

@ Festsaal, Rathaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Der Rat der Stadt Münster tagt öffentlich, die Tagesordnung kann fünf Tage vor der Ratssitzung von der städtischen Website heruntergeladen werden: www.stadt-muenster.de/sessionnet/sessionnetbi/si0040.php

KONTAKT

Bündnis 90/Die Grünen/GAL
Ratsfraktion Münster
Windthorststr.7 | 48143 Münster
Tel: 0251-8995810
ratsfraktion@gruene-muenster.de
Öffnungszeiten:
Mo. - Do. 10.00 - 17.00 Uhr
Fr. 10.00 - 13.00 Uhr

RAT KONKRET abonnieren

Sie können RAT KONKRET kostenlos als PDF-Datei abonnieren. E-Mail genügt:
rat.konkret@gruene-muenster.de.

Impressum

Herausgeberin: Grüne Ratsfraktion Münster
Druck: CCC, Endredaktion: Claudia Dana Csizsér (cc)
Fotos: S. 1 Presseamt Münster / Bernhard Fischer
S. 2 & S. 3 pixabay, S. 2 cc, S. 4 tm
V.i.S.d.P.: Thomas Marcinkowski (tm),
c/o Fraktionsgeschäftsstelle

